

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Namen des Rechts fordern heute wieder unterdrückte Völker Europas ihre Freiheit.

Im Namen des Rechts für alle, auch für die Kleinen.

Politische Buntschau

Schweizerische Umschau.

Zwei Zeitungen in neuen Gewändern, eine „evangelische“ und eine „frontistische“. — Schweizerisch-amerikanische Beziehungen.

Die „Evangelische Volkszeitung“ hat am Neujahr ein neues Gewand angezogen: Sie zeigt sich in größerem Formate und möchte auch durch die Wahl der Antiqua-Schrift ein moderneres Gehabt hervorkehren. Ihre Aufmachung des Textes entspricht ebenfalls dem Bestreben, sich der gegenwärtigen Art, Zeitschriften zu drucken, elegant anzupassen. Doch wollen wir nicht bei diesen Äußerlichkeiten stehen bleiben, sondern einen Blick in den geistigen Bereich des Blattes werfen. Die Zeitung nennt sich „Wochenblatt zur Verfechtung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben“, macht also offenbar den Anspruch darauf, eine politische Rolle zu spielen. Diesem Gedanken kommt sie auch nach, insofern als sie — neben einem ausländischen und einem inländischen Nachrichtenpiegel — für speziell religiöse und sittliche Belange eintritt, wie Sonntagsfeier, Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkoholismus. Das ist aber auch sozusagen alles, was sie an konkreten politischen Meinungen hervorbringt. Im übrigen bewegt sie sich in allgemeinen Erörterungen über die Notwendigkeit der christlichen Grundlagen des schweizerischen Staates. „Die politisierenden Christen“, so heißt es in einem Aufsatz über „Christentum und Politik“ (von E. Lutz in Bern, in No. 3/1940), „wehren sich heute mit aller Entschiedenheit gegen die Aushöhlung des Christlichen im öffentlichen Leben, gegen seinen Niedergang in Familie und Haus und im politischen Leben. . . . es gilt, den „christlichen Grundlagen“ auf allen Gebieten des Lebens zum Durchbruch zu verhelfen; es gilt zu warnen, aufzurufen und das Widerchristliche bis in die letzten Schlupfwinkel hinein zu verfolgen. Die christlichen Grundlagen unseres Staates aber können nur gewährleistet sein durch ein christliches Volk, durch eine christliche Familie, durch christliche Einzelne, durch eine lebendige christliche Kirche.“

Dieses „Zum Durchbruch Verhelfen“ ist der wegleitende Gedanke der „Evangelischen Volkszeitung“, der auch in den zahlreichen, nicht ungeschickt ausgewählten Zitaten christlicher Staatsmänner zum Ausdruck kommt. Allein, man wird an einer Zeitung, die sich in solchen Allgemeinheiten ergeht, gerade das speziell politische vermissen. Es fehlen ihr die politisch konstruktiven Gedanken. Ein Christ, der politisch mitwirken will, kann nicht bei einer allgemeinen Beteuerung, „das Christliche“ zu wollen, stehen bleiben, sondern muß gewissermaßen aus der Kirche heraus- und in die politische Werkstatt hineintreten, um dort zu planen, zu formen, zu wählen, zu entscheiden, aber auch zu verwerten und abzulehnen. Und der Christ muß sich dessen bewußt sein, daß er mit seiner politischen Entscheidung sowohl Freundschaften erweckt als auch Widerspruch erregt und selber Fehltritten ausgeetzt ist. Indem nun die „Evangelische Volkszeitung“ diese spezielle Politik meidet, kennzeichnet sie sich eigentlich als unpolitische Zeitung, und man möchte sie eher den religiösen und erzieherischen Blättern beizählen. Sie will nämlich den Bürger einfach zu einer christlichen

Auffassung des Staates und zur christlichen Sittlichkeit hinleiten, ohne ihm im Einzelnen zu sagen, welche Gestaltungen das Christentum in der Politik fordere. Damit umfährt sie allerdings manche Klippen, muß aber andererseits in den Kauf nehmen, daß man sie eben nicht als politisch taxiert. Das ist übrigens auch der wunde Punkt der allgemein „christlichen“ Parteien wie etwa der „Evangelischen Volkspartei“, welcher das Blatt dient.

Der neuen Aufmachung des Blattes im Äuferen entspricht also nicht eine neue politische Aufmachung; im Gegenteil scheint das Blatt an echt politischem Gehalte und vorab an Originalität eingebüßt zu haben, seitdem die gewandte Feder von Nationalrat Hoppeler seine Spalten nicht mehr beschreibt.

* * *

Die andere Zeitung, die ebenfalls auf Neujahr ein neues Gewand angezogen hatte, ist „Die Front“. Da sie indessen soeben — anfangs März 1940 — mit samt der „Nationalen Front“ als ihrer Gevatterschaft von der politischen Bildfläche verschwunden ist, muß unsere Betrachtung notgedrungen zugleich zu einem Abschiedsworte werden. Im Gegensatz zur „Evangelischen Volkszeitung“, bei welcher die neue Gewandung einen Aufstieg bedeuten möchte, bildete die Neuerung bei der „Front“ einen Rückschritt an Gehalt und Umfang: *U s d e r T a g e s z e i t u n g w u r d e e i n W o c h e n b l a t t*. In der letzten Nummer der Tageszeitung wollten sie das zwar nicht zugeben. Sie schrieben fröhlockend: „Front und Grenzbote werden Wochenzeitung!“ Sie schrieben davon, daß die neue Lage diese Neuerung als den höchsten Bedürfnissen der Bewegung entsprechend erscheinen lasse. Die Vorteile der Neugestaltung seien ein geringerer Aufwand und eine größere Wirkung. Absolut plausibel waren diese Gründe natürlich nicht, und die „N.B.B.“ wußte denn auch andere Motive bekanntzugeben, nämlich das Mißlingen einer Absatzsteigerung des offenbar verlustbringenden Zeitungsverlages. Sei dem aber wie ihm wolle, die „Front“ wurde jedenfalls ein „Schweizerisches Wochenblatt“ und erhob den Anspruch darauf, damit ihre politischen Grundsätze viel weitergehend und einprägsamer darlegen zu können.

Was dabei herauskam, war allerdings mehr als bescheiden. Man spürte es der neuen Wochenzeitung an, daß ihre Urheber nicht mehr wie einst im politischen Geschehen eine Rolle spielten, sondern jetzt mehr als Zuschauer ihre Meinungen äußerten. Jedenfalls traten die Grundsätze auch nicht mehr so forsch wie angekündigt zutage. Das Hauptanliegen blieb nach wie vor die *Li quidation des liberalen Zeitalters und das Suchen nach einer nationalen, autoritären und sozialistischen Gestaltung unseres staatlichen Innenebens*. Dieser Gedanke wurde auch strikt in allen praktischen Fragen durchgeführt, so in der Frage der staatlichen Verpflichtung zur Lohnausfallentschädigung, in der Befürwortung der Verfügungsgewalt des Staates über das Kapital und über die Arbeit usw. Was dabei allerdings der Landesführer meinte, wenn er gleichzeitig „für die freiheitlichen und volksstaatlichen Grundlagen“ der Schweiz eintrat, können wir nicht ohne weiteres verstehen. Im Gegenteil: Statt auf Freiheit, tendierten doch alle die 26 Punkte des frontistischen „Eidgenössischen Sozialismus“ auf die *Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung durch den Staat*, durch Zentralismus, autoritäre Führung und Staatssozialismus. Mit großem Recht bezeichnete die „Nationale Front“ ihr Ziel selber als einen Sozialismus, und wenn man ihren Spuren nachging, so trafen sie mit denen der echten Sozialisten auf überraschend weiten Strecken vollständig zusammen. Die zur Schau getragene Gegnerschaft gegenüber der Sozialdemokratie konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Differenzen eigentlich nur in den verschiedenen Antworten auf Nationalismus und Internationalismus bestanden.

Nachdem zu Ende Februar der Landesführer der „N. F.“, Dr. Robert Tobler, und ein anderer Funktionär der Partei wegen Spionageverdachtes verhaftet worden

waren, hat sich die Front — angeblich, weil ihr untragbare, allerdings ungerechtfertigte Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden wären — am 3. März selber aufgelöst und die Mitglieder ihrer Verpflichtungen entbunden. Fiel somit der Herzog, so mußte auch der Mantel nach, und nach kaum zweimonatiger Lebensdauer stellte auch die Wochenzeitung „Front“ ihr Erscheinen ein. Ihre Gedanken werden jetzt nur noch vom „Grenzboten“ weitergepflegt. Wenn man daran zurückdenkt, daß sich die „N. F.“ noch im letzten Frühling die politische Zukunft zuschrieb, und noch Ende Dezember in der „Front“ zu lesen stand, daß „noch nie größere Gewißheit auf den Erfolg der frontistischen Bewegung als heute“ herrschte, so kommt das jähre Abscheiden überraschend. Wir wollen darüber weder frohlocken noch weinen. Das fremde Gedankengut dieser Partei war unerfreulich; andererseits hatten die „N. F.“ und ihre Zeitung wohl ihre eigenartige Aufgabe im schweizerischen Parteileben. Zu keiner Zeit haben wir ein Hehl daraus gemacht, daß dieser Erneuerungsbewegung ein Anteil gebühre an der heutigen politischen Gestaltung und Haltung der Parteien, und nicht zu Unrecht berief sich die „N. F.“ selber darauf, daß sie hinsichtlich der Landesverteidigung und der Neutralität in erster und vorderster Linie gekämpft habe. Die einzelnen Tatsachen wird zwar erst die Geschichte herausarbeiten. Abschließend wird man nun sagen können, daß das Bürgertum jetzt den nationalen Gedanken hinreichend pflege, daß die Sozialdemokratie — mit tatkräftiger Unterstützung der Bürgerlichen! — ebenso ernstlich für die Verwirklichung der sozialen Anliegen der „N. F.“ besorgt sei, und schließlich noch, daß es recht sei, wenn die fremdländischen Nachmachereien der „N. F.“ keine weiteren Vertreter mehr finden. Damit hat die „N. F.“ folgerichtig ihre Existenzgründung eingebüßt. Leider bleibt es aber doch in einem gewissen Sinne richtig, wenn von ihr noch im Sterben behauptet wird, daß die frontistischen Gedanken trotz des Ablebens der Partei im Begriffe seien, Schule zu machen; Bürgertum und Sozialdemokratie vereinigen sich nämlich auf ihrem Boden weitgehend miteinander. Aber auch demgegenüber bleiben wir bei unserer sachlichen Beurteilung, die im ersten Heft dieses Jahrganges niedergelegt ist, mögen die frontistischen Grundsätze von dem oder von jenem vertreten werden. Und es muß sich auch sachlich bewahrheiten, was sich nun bereits in Hinsicht auf die Partei und die Zeitung bewahrheitet hat: „Nein! die Zukunft gehört gewiß nicht der „Nationalen Front“!“ (Heft 1, April 1939, Seite 44 f.)

* * *

Am 3. März jüngstthin ist in Zürich eine „Swiss-American Society for Cultural Relations“ gegründet worden. Diese Gesellschaft stellt sich die Aufgabe, „die kulturellen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten enger zu knüpfen und das Interesse für das schweizerische Geistesleben unter Amerikanern und Amerikaschweizern zu fördern“. Zu diesem Behufe soll eine Zeitschrift erscheinen, welche die schweizerische Kultur beleuchtet, und die neue Vereinigung gedenkt auch durch Vorträge, Konzerte, Ausstellungen usw., sowie durch persönliche Verbindungen die kulturellen Bände hinüber und herüber enger zu knüpfen. Nicht zuletzt ist beabsichtigt, den Schweizer Kolonien in den Vereinigten Staaten eine kulturelle Unterstützung angedeihen zu lassen. Bereits hat sich auch in der großen Schwesternrepublik jenseits des Ozeans eine parallele Gesellschaft gebildet, welche sich zum Ziele setzt, die geistigen Gaben aus der Schweiz gleichsam aufzufangen und den Amerikanern mundgerecht zu machen.

Es ist wahr, was Professor Dietrich Schindler an der Gründungsversammlung sagte: Der Schweizer fühlt sich dem Amerikaner innerlich verwandt. Gemeinsame politische Überzeugungen, zahlreiche kirchliche Beziehungen führen uns immer wieder zusammen. Die Schweiz als älteste Demokratie und Amerika als größte Demokratie haben stets für einander

lebhaftes Interesse bekundet („N.B.B.“). Blättern wir in der Chronik zurück, so stellen wir fest, daß dieses gegenseitige Interesse zwar mit wirtschaftlichen Erwägungen rechnete, aber im Grunde doch eine gemeinsame geistige Basis hatte. Schon die ersten Schweizer, welche Ende des 17. Jahrhunderts die Neue Welt aufsuchten, taten das aus religiösen und politischen Gründen. In Nordamerika ließ sich frei seines Glaubens und seiner Meinung leben; dort war „Das neu gefundene Eden“, wie sich im Jahre 1737 ein zur Auswanderung anregendes Büchlein betitelte. Seither haben protestantische Pfarrer und katholische Priester aus der Schweiz in jenem Lande Bedeutendes gewirkt; wir erinnern nur an jenen Michael Schlatter, der die deutsch-reformierten Kirchen vereinigte oder an die zahlreichen Benediktinerklöster, die von Einsiedeln und Engelberg aus gegründet wurden. Aber auch die vielen Naturforscher und Techniker, die in den Vereinigten Staaten Großes leisteten, wie etwa Agassiz und Umann, sowie manche Leuchten der Harvard University sind nicht zu vergessen. Schlussendlich erinnern die Annalen auch an viele Kriegsstaten von Schweizer Bürgern, und in der Kolonisationsgeschichte nimmt unser General Sutter unfehlbar einen ersten Rang ein. Wie sehr die Vereinigten Staaten für unsere Landsleute nicht nur ein Ziel guten Auskommens, sondern auch ein erwünschtes geistiges Milieu bildeten, erhellt daraus, daß von 1820 bis 1930 nicht weniger als 299 000 Auswanderer gezählt wurden. Es gibt denn auch in Amerika manche Niederlassungen, deren schweizerischer Ursprung sich aus ihren Namen leicht hin klarlegen läßt. Leben heute noch 44 000 Bürger — die zahlreichen Doppelbürger nicht gezählt — in den Vereinigten Staaten, so ist das Grund genug, die kulturellen Beziehungen über den Ozean hinüber enge zu gestalten.

Von jehher waren die Wechselbeziehungen indessen nicht nur auf den Bevölkerungsaustausch, sondern auch auf den Austausch geistiger Güter eingestellt. Fanden sich die Schweizer in der freiheitlichen Lust Amerikas heimisch, so verfolgte die europäische Heimat den Unabhängigkeitskampf der Nordamerikaner mit ganz besonderem Interesse. Die Folgen der politisch-staatlichen Verwandtschaft blieben denn auch nicht aus: von den Vereinigten Staaten übernahm unsere Bundesverfassung das Zweikammersystem, und als Gegengabe schickte die Schweiz die Institution des Referendums über das große Wasser. Zahlreich sind auch die Fälle, in denen die große Schwesternrepublik dem schweizerischen Staatswesen ihr Vertrauen ausdrückte; unterzog sie sich doch z. B. im Alabama-Handel und im Baltimore-Handel dem Schiedsspruch des schweizerischen Bundesrates, und bemühte sie sich doch während des letzten Weltkrieges entscheidend um die Getreideversorgung unseres Landes. Die gegenseitigen Beziehungen erschöpften sich indessen trotz der kulturellen Sympathie in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich im Handelsverkehr. Nordamerika bot der Schweiz seit 1850 die bedingungslose Meistbegünstigung, und die freiheitlichen Handelsauffassungen der beiden Länder bewirkten einen regen gegenseitigen Warenaustausch, der nach einem kurzen Unterbruch nun seit 1936 wieder einen schönen Aufschwung genommen hat.

Wir können uns die schweizerische Auswanderung nach Amerika wie auch die regen Handelsbeziehungen nicht anders vorstellen als auf dem Grunde einer weitgehenden gleichartigen religiösen und politischen Lebensauffassung. Diese Tatsache wird auch erhärtet durch ein Schreiben des amerikanischen Staatssekretärs des Äußern vom Jahre 1850, worin es heißt: „In diesen Zeitalters, wo die reaktionäre Bewegung auf dem europäischen Kontinent freiheitliche politische Institutionen mit der Vernichtung bedroht, sind wir es dem Charakter unserer eigenen freien Regierungen, wie auch den Handelsinteressen unseres Landes schuldig, mit allen Mitteln die Bande zu stärken, die uns mit der schweizerischen Eidgenossenschaft verbinden, die, wie unser eigenes Land, die Heimat freier Menschen ist.“ (Mitgeteilt von Dorothy Grant Jacquelin: „Swiss American Economic Relations“, Geneva 1939.) Die kulturellen Beziehungen sind also für

das Wirtschaftsleben beileibe nicht so etwas Nebensächliches, wie es scheinen möchte. Indem die Gründer der eingangs erwähnten neuen schweizerisch-amerikanischen Gesellschaft darnach trachten, die kulturellen Bande enger zu knüpfen, unternehmen sie etwas, das nicht nur die geistigen Sympathien fördert, sondern gewiß auch die Länder wirtschaftlich miteinander fester verbunden. Man darf sich wohl indessen über die Wirksamkeit solcher Beziehungen, auch wenn sie noch so herzlich sind, keinen Täuschungen hingeben. Ein en wirksamen Schutz für die Existenz unseres Vaterlandes bieten sie gewiß nicht. Bei aller Freundschaft wird vermutlich das Interesse der Vereinigten Staaten für die Schweiz doch nur dasjenige sein, das ein Riese für einen Zwerg haben kann. Auch Finnland wurde herzlich wert geschätzt — und doch im Stiche gelassen. So sehr wir uns über gleichartige Geistesbeziehungen mit den Vereinigten Staaten freuen, so wollen wir uns deshalb doch immer bewußt sein, daß auch in diesem freundschaftlichen Verhältnis der lateinische Vers gelten kann: *Donec eris felix, multos numerabis amicos; tempora si fuerint nubila, solus eris!* — In den Stunden der Trübsal wirst du allein sein!

Büllach, den 15. März 1940.

Walter Hildebrandt.

Der Friede von Moskau.

Der am 13. März 1940 in Moskau abgeschlossene Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland gehört in die Reihe jener Dokumente, die sich wie Meilensteine auf dem steil-abschüssigen Wege ausnehmen, den sich Europa anscheinend gewählt hat. Und nur mit tiefer Beschämung können die europäischen Völker den tragischen Ausgang dieses Heldenkampfes seltener Größe betrachten, weil selbst die größten materiellen Opfer der anderen gegenüber dem einzigartigen Heldenhum eines um sein Leben kämpfenden Volkes zu nichts verblassen müssten. Beschämung und Trauer müssen uns beherrischen ob des erschreckenden Grades der Vereinigung von Recht und Menschlichkeit, darüber, daß unser Kontinent in eine Entwicklung geraten ist, von der niemand weiß, wieviele Opfer sie noch fordern will, ehe endlich Europa wieder zu einem Ansatz historischer Größe sich aufräfft. Denn nicht oftmals wohl in der Geschichte haben nackte Gewaltpolitik des Mächtigen und zynischer Vertragsbruch gegenüber einem Kleinen in so entwaffnender Weise den Erfolg davon getragen. Die Mitwelt aber kargt umso weniger mit ihrem Beileid an die Adresse des Opfers, je intensiver sie im Stillen jene jammervolle Genugtuung empfindet, die dem Gefühl entspringt, glücklicherweise nicht dabei gewesen zu sein.

* * *

Die tapferen Finnen hatten offenbar schon längst bemerkt, daß sie, trotz aller Zusicherungen, ihren Kampf im Wesentlichen allein durchfechten müssten. Wir können nur Bewunderung dafür empfinden, daß auch dieses Bewußtsein der Verlassenheit nicht einen Augenblick vermocht hat, ihnen das kalte Blut zu rauben oder ihren Blick für die realpolitischen Gegebenheiten zu trüben. Obwohl auch heute, und aus recht begreiflichen Gründen, die vorliegenden Berichte über die Vorgänge, die in letzter Linie zu dem Vertragsabschluß vom 13. März zusammenwirkten, feineswegs lückenlos sind, lassen sie doch bereits erkennen, daß die Finnen gerade den richtigen Augenblick gepickt haben, um diesen Krieg zu beenden. Eine auch nur kurzfristige Fortsetzung des Kampfes hätte sie wohl dem sicheren Verlust ihrer Unabhängigkeit, wenn nicht dem Untergang ihres Staatswesens überhaupt, preisgegeben.

Wir fragen uns, ob wohl jede Staatsführung in solcher Lage eine solche Nervenprobe bestanden hätte!

Daraus aber fließt die Feststellung, daß Finnland, an der Skala der ihm nach dem Einbruch der Russen in die drei Ufer der Bucht von Viborg noch verbliebenen Verteidigungsmöglichkeiten gemessen, einen Frieden errungen hat, der sich wohl vertreten läßt. — Berücksichtigt man das virtuelle Kräfteverhältnis zwischen dem russischen Reich und dem kleinen Heldenvolk von grundsätzlicher Warte aus, so darf das finnische Volk, bei aller Trauer um den Verlust eigenen Bodens, doch hohe Genugtuung empfinden. Der Heldenkampf aber von über 100 Tagen und die erstaunliche Fähigkeit dieses Volkes, sich mit dem Unvermeidlichen abzufinden, ja die ohne Zögern bekundete Entschlossenheit, auch die neuen, schwachen Grenzen so zu verteidigen wie die früheren, sichern diesem Volk einen Anspruch auf Wiedergutmachung, für dessen Erfüllung uns die *Ehre Europas* und der *volle Einsatz westlicher Kultur* zu hasten scheint.

* * *

Spät zwar, aber leider doch noch rechtzeitig, haben die Russen von der Hoffnungslosigkeit der militärischen Lage ihres kleinen Gegners erfahren. Kein Wunder, daß es ihnen unter diesen Umständen gelingen mußte, die *Verhandlungen in Moskau* mit der Durchsetzung weit größerer Ansprüche abzuschließen, als sie in den Monaten Oktober und November 1939 jemals geltend gemacht worden waren. Damals war weder die Abtretung Viborgs noch seiner Bucht vorgesehen — die Russen hätten sich mit einer Zurücknahme der finnischen Grenze auf der karelischen Landenge um 25 Kilometer begnügen. Außerdem sollte die gesamte übrige Grenze bis zum Eismeer unversehrt bleiben —, heute sind der gesamte Ladogasee und ein weites Gebiet nördlich davon, außerdem das Gebiet von Salla bis zu einer Tiefe von 75 Kilometer den Russen in die Hände gefallen, während sie vordem außer dem Verzicht auf diese Gebiete noch einen nicht unbeträchtlichen Landstreifen in Ostkarelien als Kompensation angeboten hatten!

Ewige Opportunisten und andere weise Leute, die den Finnen schon zu Beginn des Krieges „gut zugesetzt“ haben, sich doch „nicht so starrköpfig“ zu zeigen, werden finden, sie hätten recht behalten. Finnland aber weiß mehr: mit seinem eigenen Blute hat es der Welt über die Beschränktheit sowjetrussischer militärischer Schlagkraft klarheit gegeben — mit seinem Blute die *Ehre* der kleinen Völker gerettet — mit seinen Leibern jene Grenze errichtet, die *westliche Zivilisation* von *bolschewistischer Blutherrschaft* reinlich scheidet.

* * *

Uns scheint, als habe die WeltPresse etwas voreilig, zu mindest aber in zu grellen Farben, angesichts des Friedens von Moskau das Bild eines erheblichen Prestigeverlustes der Westmächte, ja ihrer eigentlichen Niederlage wiedergegeben. Wer den letzten Krieg beobachten konnte, wird solchen Zwischenfällen in dem großen Rahmen der Geschehnisse nur ein relatives Gewicht zumessen können. Es läßt sich angesichts des Ausmaßes eines solchen Krieges auf die Dauer auf beiden Seiten die Möglichkeit oft erheblicher Rückschläge nicht vermeiden, seien sie nun militärischer oder diplomatischer Natur. Daß die Westmächte sich vorläufig mit vollem Bewußtsein der defensiven Taktik bedienen, sieht sie vorerst in Nachteil — hat sie wohl auch in letzter Linie von einer effektiven Intervention in Finnland abhalten müssen. Die Erklärungen Chamberlains vom 19. März klingen nicht sehr überzeugend. Vollends dürfte es sich bei den von Daladier erwähnten fünfzigtausend Mann mehr um eine *oratorische Diversion*, als um eine wirklich ernst zu nehmende Angelegenheit gehandelt haben. Zur Ab-

wägung der Chancen eines solchen Unternehmens mag man sich aus dem letzten Krieg nur des Unternehmens von Gallipoli erinnern, das England und Frankreich schwere Verluste zu Lande und zur See und obendrein, mit dem recht kläglichen Rückzug nach Saloniki, erst noch einen Prestige-verlust ganz anderen Ausmaßes einbrachte, als er im Falle der finnischen Angelegenheit eingetreten ist. Ein solcher hätte in ähnlichem Maße wohl nur bei einer tatsächlichen Intervention eintreten können, die das Risiko einer Zertrümmerung der Interventen zwischen deutschen und russischen militärischen Kräften auch bei beträchtlich höheren Beständen in den Bereich der Möglichkeit gerückt hätte, als sie Daladier vor der Kammer anzugeben und Chamberlain vor dem Unterhaus zu nennen beliebten. Daß aber in diesem Falle die tatsächliche Herstellung des Kriegszustandes zwischen den Westmächten und Moskau mit allen ihren unabsehbaren Folgen als gewiß hätte in Rechnung gestellt werden müssen, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Man mag sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Chamberlain in letzter Minute die bereits zugesagte Veröffentlichung der Dokumente über die Sommerverhandlungen in Moskau wieder aufgegeben hat...

Zürich, den 22. März 1940.

Jann v. Sprecher.

Bücher Rundschau

Schweizergeschichte in Wort und Bild.

Das Weiße Buch. Die älteste Chronik, die das Werden der Eidgenossenschaft erzählt, im Originaltext und Übertragung neu herausgegeben. Verlag Albert Züst, Zürich. 1939.

Die Neuherausgabe des Weißen Buches von Sarnen ist sehr zu begrüßen, bietet diese Chronik doch in ihrem ersten Teil die Erzählung der Befreiungstradition, wie sie uns geläufig ist. Der zweite Teil der Chronik enthält die Bundesgeschichte bis zum 15. Jahrhundert in der anschaulichen Sprache des ausgehenden Mittelalters. Es ist zweifellos wertvoller, das Volk mit solchen Geschichtsquellen bekannt zu machen, als es durch zeitbedingte und unhistorische Publikationen erbauen zu wollen. Gewiß ist die Bedeutung des Weißen Buches noch umstritten und es bedarf noch weiterer kritischer Untersuchungen; aber die Forschungen Karl Meyers haben es immerhin in ein neues Licht gestellt. Über seine Wertung gibt K. Meyer im Anhang Aufschluß.

Züst hat, um dem Laien die Lektüre des Buches zu erleichtern, eine Übersetzung beigegeben, die volles Lob verdient. Der Übersetzer hält sich wörtlich an den Urtext und läßt so dessen innere Kraft bestehen, ohne aber auf ein flüssiges, modernes Deutsch zu verzichten. Die Gegenüberstellung von Urtext und Übersetzung erlaubt auch dem Ungeübten, den Urtext zu lesen und nach Bedarf den modernen Wortlaut zu Rate zu ziehen. Zur Gestaltung des Urtextes möchten wir allerdings Folgendes bemerken. Auch wenn man sich auf die zuverlässige Ausgabe Georg v. Wyß' stützte, so hätte man doch eine modernen wissenschaftlichen Grundsätzen entsprechende Transkription anwenden sollen (besonders in Bezug auf Groß- und Kleinschreibung), die dem Laien das Lesen des Urtextes sehr erleichtert hätte.

Paul Kläui.

Albert Hauser, Die Wehrbürtigkeit von Stadt und Land im alten Zürich. Sonderdruck aus: Zürcher Monatschronik 1939.

Durch die Forschungen von David Rüscheler, Wilh. Meier-Ott, G. J. Peter, Joh. Häne und Ed. A. Gehrler sind wir über das Wehrwesen des alten Zürich recht gut unterrichtet. Der Verfasser vorliegender Schrift unternimmt es, die Wehr-